

Pressemitteilung
Kiel, 15.06.2017

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Die Sprachenbildung boomt in den Kitas

Das vom SSW initiierte Förderprogramm der Landesregierung zur Sprachbildung in Regional- und Minderheitensprachen in Kindertageseinrichtungen hat sich als voller Erfolg erwiesen. Auch aus Nordfriesland kamen zahlreiche Anträge, freut sich der Husumer Landtagsabgeordnete und Vorsitzende des SSW im Landtag, Lars Harms.

Schleswig-Holstein ist das Land der kulturellen und sprachlichen Vielfalt. In keinem anderen Bundesland werden so viele Regional- und Minderheitensprachen gesprochen wie bei uns im echten Norden. Und nirgendwo wiederum so viel wie im Kreis Nordfriesland, wo Friesisch, Dänisch und Platt sich die Hand reichen.

Damit dies auch so bleibt, hatte die Landesregierung auf Initiative des SSW in diesem Jahr ein Förderprogramm aufgelegt, dass schon bei der frühkindlichen Bildung ansetzt.

Bis 1. April dieses Jahres konnten Kita-Träger erstmalig einen Landeszuschuss von bis zu 2000 Euro pro Betreuungsgruppe beantragen, wenn sie Sprachbildungsangebote in Dänisch, Friesisch oder Niederdeutsch vorhalten. Dass der Bedarf vorhanden ist, zeigen die zahlreichen Zuweisungen von insgesamt 364.000 Euro, die mittlerweile beschieden



wurden.

„Das Förderprogramm hat sich als voller Erfolg erwiesen. Denn hierdurch ließen sich nicht nur bestehende Angebote finanziell absichern und fortführen. Es sind auch viele neue Angebote entstanden. Das freut mich sehr“, sagt Lars Harms, Vorsitzender des SSW im Landtag, der das Programm maßgeblich mit auf den Weg gebracht hat.

Allein aus dem Kreis Nordfriesland gingen Anträge für 136.000 Euro beim Land ein, landesweit gar für mehr als eine Viertel Million Euro. Neben Nordfriesland haben auch die Landkreise Schleswig-Flensburg, Rendsburg-Eckernförde, Dithmarschen und Ostholstein sowie die kreisfreien Städte Flensburg, Kiel und Lübeck Anträge eingereicht.

